

Martin Dörmann, MdB

Bundestagsrede von Martin Dörmann zur Aktuellen Stunde:

„Beschäftigungspolitische Verantwortung der Bundesregierung bei der Deutschen Telekom“

Plenardebatte im Deutschen Bundestag am 23. Mai 2007

Frau Präsidentin!

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Die Deutsche Telekom AG ist mit rund 160 000 Beschäftigten und einem Jahresumsatz von 32,5 Milliarden Euro im Inland einer der größten Arbeitgeber in Deutschland. Zum Vergleich: Alle Wettbewerber der Telekom zusammen beschäftigen insgesamt nur rund 56 000 Menschen, und das bei einem inzwischen sogar höheren Gesamtumsatz von 35,2 Milliarden Euro im Jahr 2006. Die beschäftigungspolitische Bedeutung der Telekom ist also kaum zu unterschätzen. Zugleich verdeutlichen diese Zahlen, in welcher schwieriger Lage sich die Telekom in einem Wettbewerb befindet, der von einem harten Preiswettkampf geprägt ist. Wir wissen das. Die Kosten für ein Telefongespräch im Festnetz sind zum Teil um 96 Prozent gefallen. Allein im

Jahr 2006 hat die Telekom 2 Millionen Kunden in diesem Bereich verloren.

Die Politik kann und darf es also nicht kalt lassen, welche Entwicklung das Unternehmen nimmt - einerseits weil es um viele betroffene Menschen geht, andererseits weil die Telekom weiterhin der wichtigste Motor für Innovation und Investition im Telekommunikationsbereich ist. Wir wollen deshalb eine starke Telekom, übrigens auch als Global Player. Deshalb ist es in der Tat wichtig, dass die Regulierungspolitik - ich sage: auch die Regulierungspraxis - so ausgestaltet wird, dass faire Wettbewerbsbedingungen herrschen und Investitionen der Telekom gefördert und nicht behindert werden.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Es ist bereits angesprochen worden, dass der Bund zusammen mit der KfW derzeit 31,7 Prozent der Aktien hält und damit immer noch größter Anteilseigner bei der Telekom ist. Diese Tatsache hat sicherlich in der Vergangenheit dazu beigetragen, dass der notwendige Personalumbau bei der Telekom in den letzten Jahren stets sozialverträglich erfolgt ist. Die SPD ist deshalb der Ansicht, dass der Bund auf absehbare Zeit weiterhin mehr als 25 Prozent der Anteile halten sollte, um für stabile Rahmenbedingungen zu sorgen und um die Gefahr von Übernahmen durch Finanzinvestoren, die ja nicht unrealistisch ist, zu verringern.

(Beifall bei der SPD)

Zudem sind wir nach wie vor sehr daran interessiert, die Telekom als integrierten Konzern zu erhalten.

Auf der anderen Seite ist aber auch klar - das ist an die Fraktion Die Linke gerichtet -, dass der Bund nicht direkt in Unternehmensentscheidungen eingreifen darf. Das wird schon durch das

Aktienrecht verboten. Es ist in keiner Weise seriös, solche unrealistischen Erwartungen zu wecken.

(Beifall bei der SPD, der CDU/CSU und der FDP)

Ich bedauere es sehr, dass es der früheren Unternehmensleitung in den vergangenen Jahren nicht gelungen ist, die Telekom im Wettbewerb besser zu positionieren. Durch insgesamt 16 Umorganisationen wurden in der Vergangenheit nicht die gewünschten Effekte erzielt.

(Klaus Ernst (DIE LINKE): So ist es!)

Hierdurch ging - das muss man konstatieren - bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern durchaus zu Recht viel Vertrauen verloren, was sich jetzt rächt;

(Dr. Dagmar Enkelmann (DIE LINKE): So ist es!)

denn nun wird das Unternehmen zusätzlich durch einen Streik erschüttert. Es ist bedauerlich, dass hierdurch die bisherige Konsenskultur bei der Telekom ein Stück weit infrage gestellt wird; denn

in der Vergangenheit haben beide Parteien bei den Tarifvertragsverhandlungen auch unter schwierigen Rahmenbedingungen zu Lösungen gefunden, die dann auch gemeinsam getragen wurden.

Nun hat der Vorstand der Telekom ein umfangreiches Umstrukturierungs- und Sparpaket vorgelegt, das von Verdi vehement abgelehnt wird. Wenn man gerecht ist, muss man konstatieren, dass sich beide Seiten in einer schwierigen Lage befinden, für die man jeweils Verständnis haben muss. Auf der einen Seite will der Unternehmensvorstand die Wettbewerbsfähigkeit des Unternehmens nachhaltig verbessern, um eine langfristige Perspektive, auch für Beschäftigung, aufzubauen. Auf der anderen Seite ist es aber auch mehr als verständlich, dass die Belegschaft und die Gewerkschaft insbesondere der vorgeschlagenen drastischen Lohnabsenkung von 9 Prozent nicht zustimmen können. Für einen Familienvater, der womöglich noch sein kleines Haus abzahlen muss, sind solche

Einschnitte letztendlich nämlich kaum verkraftbar.

Ich denke, die Politik ist gut beraten, sich bei den möglicherweise wieder anstehenden Tarifverhandlungen und dem jetzigen Streik in der Öffentlichkeit ein Stück weit zurückzuhalten, um die Tarifautonomie auch an dieser Stelle zu wahren. Auf der anderen Seite sage ich aber auch deutlich, dass wir als SPD ein großes Interesse daran haben - und wir alle haben sollten -, dass möglichst bald eine gute Kompromisslösung gefunden wird. Deshalb hat die SPD gerade in den letzten Wochen im Hintergrund versucht, Gespräche mit beiden beteiligten Tarifvertragsparteien zu führen, um diese wieder näher zusammenzubringen; denn es kann weder im Interesse des Unternehmens noch der Beschäftigten sein, wenn die Kunden durch einen langen Streik zusätzlich verunsichert werden.

Ich hoffe deshalb sehr, dass am Ende beide Seiten wieder zusammenfinden und zu einer tragfähigen Lösung kommen, die einerseits den wirtschaftlichen

Rahmenbedingungen des Unternehmens, andererseits aber auch den berechtigten Interessen der Beschäftigten auf dauerhafte Beschäftigung und gerechte Löhne gerecht wird. Beide Seiten, Vorstand und Verdi, tragen hier eine große Verantwortung - um die sie wahrlich nicht zu beneiden sind und die ihnen auch niemand abnehmen kann - für die Zukunft des Unternehmens Telekom und für die vielen Menschen, die dort arbeiten.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)